

Teil C

(Rahmenvereinbarung)

**in dem Vergabeverfahren zur
Vergabe eines Auftrags**

„Outputmanagement / KDF-Systeme“

Auftraggeber/Vergabestelle:

**Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe
GmbH**

Karl-Hansen-Klinik GmbH

(Stand: 26.05.2026)

Rahmenvereinbarung

zwischen

der Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe GmbH, Peter-Hartmann-Allee 1, 33175
Bad Lippspringe

- nachfolgend „**MZG**“ genannt -

der Karl-Hansen-Klinik GmbH, Antoniusstraße 19, 33175 Bad Lippspringe

- nachfolgend „**MZG**“ genannt -

und

[Name und Geschäftsanschrift einfügen]

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ oder „**AN**“ genannt -

Die vorgenannten Parteien werden im Folgenden einzeln auch „**Partei**“ und zusammen „**Parteien**“ genannt. MZG und KHK werden einzeln und zusammen auch „**Auftraggeber**“ genannt. Beide Auftraggeber sind Bezugsberechtigte im Sinne dieser Rahmenvereinbarung, sofern nachfolgend nicht anders geregelt wird.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
PRÄAMBEL	4
§ 1 AUFTRAGSGEGENSTAND	4
§ 2 VERTRAGSGRUNDLAGEN	5
§ 3 LEISTUNGSUMFANG	6
§ 4 EINZELABRUF	6
§ 5 ANSPRECHPARTNER UND GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT	8
§ 6 AUSFÜHRUNG, VERTRAGSSTRAFEN	9
§ 7 QUALITÄTSSICHERUNG	10
§ 8 LIEFER- UND LEISTUNGSUMFANG	10
§ 9 MIETE DER DOKUMENTENVERARBEITUNGSGERÄTE	10
§ 10 EINBINDUNG DER DOKUMENTENVERARBEITUNGSGERÄTE IN DIE SYSTEME DER AUFTRAGGEBER	12
§ 11 MITARBEITERSCHULUNG	13
§ 12 FULL SERVICE-DIENSTLEISTUNGEN	13
§ 13 VERGÜTUNG	14
§ 14 ABRECHNUNG UND ZAHLUNG	14
§ 15 VORZEITIGE VERTRAGSBEENDIGUNG	15
§ 16 BEAUFTRAGUNG VON NACHUNTERNEHMERN	16
§ 17 ANPASSUNGEN DES LIEFER- UND LEISTUNGSUMFANGS	17
§ 18 VERSICHERUNG	18
§ 19 NUTZUNGSRECHTE	18
§ 20 DATENSCHUTZ	19
§ 21 GEHEIMHALTUNG	19
§ 22 HAFTUNG	20
§ 23 EINHALTUNG DER MINDESTARBEITSBEDINGUNGEN	21
§ 24 FREISTELLUNG	22
§ 25 ÄNDERUNGSVERLANGEN (CHANGE REQUESTS)	23
§ 26 SCHLUSSBESTIMMUNGEN	24

Präambel

Das mit EU-Bekanntmachung vom [Datum] eingeleitete europaweite Vergabeverfahren zielt darauf ab, die Infrastruktur der Auftraggeber zur Dokumentenverarbeitung technisch und wirtschaftlich zu optimieren. Die Auftraggeber beauftragen mit dieser Rahmenvereinbarung den Auftragnehmer, um den Betrieb der Dokumentenverarbeitungsgeräte an einen externen Dienstleister auszulagern: Die von den Auftraggebern benötigten Geräte sollen gemietet und auf der Grundlage einer Full-Service-Vereinbarung betrieben werden. Reparaturen, Wartungen und Supportleistungen sind dabei als Service-Level-Agreement (SLA) im Einklang mit den Vorgaben der Leistungsbeschreibung (vgl. **Anlagenkonvolut C.2**) festgelegt.

Welche Geräte benötigt werden und welche Anforderungen gelten, ergibt sich aus der als **Anlagenkonvolut C.2** beigefügten Leistungsbeschreibung (Teil B) einschließlich Anforderungskatalog. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggebern die Hard- und Software zu den in dem Preisblatt ausgewiesenen Konditionen bereit. Ziel ist die Einführung eines wirtschaftlichen, standardisierten und qualitativ hochwertigen Managed-Print-Service unter Einsatz aktueller Technologien. Geräte und Konfigurationen sind zu vereinheitlichen. Datenschutz und IT-Sicherheit der Geräte und Softwarekomponenten müssen dem Stand der Technik entsprechen; dieser ist den Auftraggebern regelmäßig - auch ohne Änderungen - transparent darzustellen und zu dokumentieren. Der Auftragnehmer trägt die Verantwortung, das Gesamtsystem in einen betriebsbereiten Zustand zu überführen und diesen über die gesamte Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung sicherzustellen.

Der Auftragnehmer ist ein IT-Dienstleister mit weitgehender Erfahrung im Bereich der Bereitstellung von Dokumentenverarbeitungsgeräten und der Erbringung von Full-Service-Dienstleistungen.

Der Auftragnehmer übernimmt die Gesamtverantwortung für die Funktionalität und die volle Integrationsfähigkeit der Dokumentenverarbeitungsgeräte in die vorhandene und geplante EDV-Landschaft der Auftraggeber. Ebenso sichert er die Betriebssicherheit der Dokumentenverarbeitungsgeräte zu und garantiert deren Einsatzbereitschaft im vorgegebenen Zeitrahmen.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien das Folgende:

§ 1 Auftragsgegenstand

- 1.1 Der Auftragnehmer schuldet auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung die mietweise Bereitstellung von Dokumentenverarbeitungsgeräten sowie die Erbringung der Full-Service-Dienstleistungen sowie die Erstellung der in der Leistungsbeschreibung (**Anlagenkonvolut C.2**) beschriebenen Gesamtsysteme, jeweils konkretisiert durch die Einzelabrufe der Auftraggeber. Der Auftragnehmer erbringt alle Leistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft der Gesamtsysteme. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggebern auf deren Anforderung auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung Dokumentenverarbeitungsgeräte mit entsprechender Softwarelösung nebst den vereinbarten Optionen zu liefern. Eine entsprechende OCR-Volltext-Konverter-Lösung und eine entsprechende Authentifizierungslösung sind zur Verfügung zu stellen. Weiterhin werden Schulungen und Serviceleistungen geschuldet. Die Leistungen zur Erstellung des Gesamtsystems bilden eine sachliche, wirtschaftliche und rechtliche Einheit. Für die Auftraggeber ist von vertragswesentlicher Bedeutung, dass der Auftragnehmer die in diesem Vertrag vereinbarte Funktionalität des Gesamtsystems herstellt und alle dafür erforderlichen Schritte vornimmt. Der Auftragnehmer ist verantwortlicher Generalunternehmer für die Erstellung des Gesamtsystems.

- 1.2 Der Auftragnehmer hat die Erbringung aller geschuldeten Leistungen nach Maßgabe der unter § 2 aufgenommenen Anlagen zu dieser Rahmenvereinbarung, die Vertragsbestandteil werden, zu gewährleisten.

§ 2 Vertragsgrundlagen

- 2.1 Neben diesem Vertragstext, der Vorrang vor nachstehend aufgeführten Unterlagen hat, sind folgende Unterlagen, Dokumente und Regelungen Bestandteil dieses Vertrags, wobei im Falle von Widersprüchen die nachstehende Reihenfolge gilt: <
- a) diese Vereinbarung,
 - b) die Bestimmungen der Auftragsdatenverarbeitung (**Anlage C.1**)
 - c) die Leistungsbeschreibung nebst Anlagen (**Anlagenkonvolut C.2**),
 - d) die EVB-IT System-AGB Erstellung von Gesamtsystemen (**Anlage C.3**)
 - e) die Vergabeunterlagen (**Anlagenkonvolut C.4**) mit Ausnahme der Leistungsbeschreibung gem. § 2.1 lit. (c) dieser Rahmenvereinbarung,
 - f) die auf Grundlage dieser Rahmenvereinbarung erfolgten Einzelabrufe,
 - g) das Angebot des Auftragnehmers nebst Anlagen vom **[Datum einfügen]** (**Anlagenkonvolut C.5**),
 - h) die VOL/B in der jeweils gültigen Fassung,
 - i) die gesetzlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB),
 - j) das Zuschlagsschreiben der Auftraggeber vom **[Datum einfügen]** (**Anlage C.6**).
- 2.1 Die in § 2.1 genannten Bestandteile dieser Rahmenvereinbarung gelten jeweils mit allen Ergänzungen, anderen Veränderungen und Klarstellungen in der jeweils jüngsten Fassung, die sie im Rahmen des Vergabeverfahrens bis zur Zuschlagserteilung erhalten haben.
- 2.2 Weitergehende Vertragsbestandteile sind nicht vereinbart. Soweit Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne von § 305 BGB in den vom Auftragnehmer dem Angebot beigefügten Dokumenten Regelungen in den EVB-IT AGB, dieser Rahmenvereinbarung oder Einzelaufträgen widersprechen, sind sie ausgeschlossen. Weitere Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, soweit deren Geltung nicht ausdrücklich vereinbart wurde.
- 2.3 Der Vertrag und seine Anlagen gelten als integrale, sich gegenseitig ergänzende Beschreibung des Vertragsgegenstandes. Sind in den Anlagen Einzelleistungen genannt, sind diese Vertragsbestandteil, auch wenn sie nur in einer der Anlagen erwähnt, dargestellt oder beschrieben sind. Im Übrigen gilt: Sofern Widersprüche oder Abweichungen zwischen den oder innerhalb der vorstehenden Vertragsbestandteile bestehen, hat der Auftragnehmer die Auftraggeber hierauf unverzüglich schriftlich hinzuweisen. Bei Widersprüchen zwischen gleichrangigen Vertragsbestandteilen oder innerhalb eines Vertragsbestandteils ist im Zweifel

die höherwertige Ausführung maßgeblich. Ein Widerspruch liegt nicht vor, wenn ein nachrangiger Vertragsbestandteil einen vorrangigen Vertragsbestandteil ergänzt oder konkretisiert. Im Zweifel haben zwingende rechtliche Anforderungen Vorrang vor den übrigen Vorgaben dieses Vertrages. In allen verbleibenden Fällen von Widersprüchen oder Abweichungen hat der Auftragnehmer die Auftraggeber vor Ausführung der betroffenen Leistungen aufzufordern, die Unstimmigkeit aufzuklären und eine Entscheidung über Art und Umfang der tatsächlich geforderten Leistung zu treffen.

- 2.4 Soweit auf technische Normen oder Regelungen (z. B. DIN-Normen) Bezug genommen wird, sind - wenn nichts anderes vereinbart ist - die Fassungen maßgebend, die am Tag der Bekanntmachung der Ausschreibung gelten.
- 2.5 Die Auftraggeber sind grundsätzlich Gesamtgläubiger der vertragsgegenständlichen Leistungen. Die in diesem Rahmenvertrag geregelten Rechte und Pflichten der Parteien gelten jedoch hinsichtlich der jeweiligen Einzelabrufe nur in Bezug auf den jeweiligen den Einzelabruf auslösenden Auftraggeber. Die Auftraggeber haften keinesfalls als Gesamtschuldner für Ansprüche aus diesem Vertrag.

§ 3 Leistungsumfang

- 3.1 Die Auftraggeber gehen nach den durchgeführten Vorermittlungen unverbindlich von einem in dem Preisblatt (**Anlagenkonvolut C.2**) ausgewiesenen Auftragsvolumen aus. Die dort aufgeführten Mengenangaben beruhen auf Erfahrungswerten der Auftraggeber, die lediglich als Anhaltspunkte für die tatsächlich anfallenden Mengen dienen. Die Auftraggeber können das in dem in dem Preisblatt (**Anlagenkonvolut C.2**) geschätzte Auftragsvolumen abrufen, sind hierzu aber nicht verpflichtet. Es ist in jedem Fall der komplette Bedarf durch den Auftragnehmer zu decken.
- 3.2 Der Auftragnehmer kann aus dem Nichtabruf des geschätzten Gesamtwerts und des geschätzten Leistungsumfangs pro Jahr keine Ansprüche auf Schadensersatz oder sonstige Ansprüche ableiten. Die Auftraggeber sind insbesondere berechtigt, im erforderlichen und in einem den Rahmenvereinbarungspartnern zumutbaren Umfang und innerhalb ihrer Leistungsfähigkeit das geschätzte Auftragsvolumen der Rahmenvereinbarung um maximal 50% des ursprünglich geschätzten Auftragsvolumens (Zusatzmarge) jeweils positionsspezifisch zu erhöhen, wenn
- a) dies zur fachgerechten Erbringung der von der Rahmenvereinbarung erfassten Leistungen im Geltungsbereich und während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung erforderlich ist oder
 - b) für die Leistungserbringung relevante rechtliche oder regulatorische Vorgaben, einschließlich Feststellungen oder Anordnungen der die Auftraggeber beaufsichtigenden Stellen, eine Änderung des Bedarfs der Auftraggeber nach sich ziehen oder
 - c) grundlegende betriebliche Entscheidungen der Auftraggeber über Erweiterungen der Klinikabschnitte zu einem erhöhten Patientenaufkommen und damit zu einer Anpassung des Beschaffungsbedarfs führen.

§ 4 Einzelabrufe

- 4.1 Die Auftraggeber erteilen dem Auftragnehmer auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung

und den dort vereinbarten Bedingungen jeweils Einzelaufträge für die in der Leistungsbeschreibung (**Anlagenkonvolut C.2**) aufgeführten Leistungen. Der Einzelabruf erfolgt durch einseitige zugangsbedürftige Willenserklärung der Auftraggeber schriftlich, per E-Mail oder durch ein vom Auftragnehmer bereit gestelltes Portal. Dabei ist dem Auftragnehmer bekannt, dass die Auftraggeber nicht verpflichtet sind, Leistungen des Auftragnehmers über Einzelaufträge abzurufen. Der Einzelabruf enthält folgende Daten:

- Bestellnummer des Auftraggebers
- Lieferadresse
- Kundennummer
- Bestellmenge
- Bezeichnung des Produktes
- bei Dienstleistungen: die Dauer in Form von Start- und Enddatum

- 4.2 Für jede Bestellung muss zeitnah, spätestens zwei Werktage (montags bis freitags mit Ausnahme der Feiertage gem. dem Gesetz über die Sonn- und Feiertage-Feiertagsgesetz NRW) nach Zugang der Bestellung, eine Auftragsbestätigung per E-Mail durch den Auftragnehmer erfolgen. Das gilt auch für Bestellungen, die in schriftlicher Form, telefonisch oder per Telefax erfolgen. Die Referenz-E-Mail-Adresse zur Bestätigung wird bei Auftragserteilung mitgeteilt. Die Auftragsbestätigung enthält folgende Daten:

- Bestellnummer des Auftraggebers
- Lieferadresse
- Kundennummer
- Datum der Lieferung
- bestellte Menge
- Bezeichnung des Produktes
- Hersteller Artikelnummer
- Seriennummer des Produktes
- bei Dienstleistungen: die Dauer in Form von Start- und Enddatum

Erkennt der Auftragnehmer, dass er eine Lieferfrist nicht einhalten kann, so hat er dem Auftraggeber die Gründe für die Verzögerung unverzüglich in Textform in elektronischer Form per E-Mail mitzuteilen. Etwaige Ansprüche des Bezugsberechtigten aus der nicht fristgemäßen Lieferung bleiben unberührt.

- 4.3 Der Auftragnehmer stellt den Auftraggebern die Möglichkeit eines Liefer-Trackings zur Verfügung. Die Webseite muss auf Deutsch verfügbar sein. Ziel(-vorgabe) ist, dass die Auftragnehmer den Status der Bestellung jederzeit einsehen und den Bearbeitungsstatus nachverfolgen kann.
- 4.4 Eine Verpflichtung der Auftraggeber zum Leistungsabruf bzw. zur Vergabe von Einzelaufträgen an den Auftragnehmer besteht nicht. Ebenso wenig ist der Auftragnehmer verpflichtet, über das in der Leistungsbeschreibung (**Anlagenkonvolut C.2**) geschätzte Auftragsvolumen nebst der in § 3 Abs. 2 dieser Rahmenvereinbarung genannten Zusatzmarge hinaus Leistungen unter dieser Rahmenvereinbarung zu erbringen. Bei Erreichen oder Überschreiten des Höchstvolumens ist der Auftragnehmer nicht mehr zur Erfüllung künftiger Einzelaufträge verpflichtet.
- 4.5 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggebern über den gesamten Vertragszeitraum pro Monat, bis spätestens den 10. Werktag des darauffolgenden Monats, unaufgefordert eine Statistik gemäß den Vergabeunterlagen zu übermitteln. Diese hat die jeweils abgerufenen

Mengen und Werte der Abrufberechtigten gesondert auszuweisen. Die Auftraggeber können weitere Statistiken anfordern, die der Auftragnehmer den Auftraggebern entsprechend Satz 1 zur Verfügung stellt, soweit es dem Auftragnehmer möglich ist, diese mit zumutbarem Aufwand herzustellen. Der Aufwand ist insbesondere dann zumutbar, wenn der Auftragnehmer die Daten aus seinem Warenwirtschaftssystem abfragen kann. Der Nachweis der Unzumutbarkeit obliegt dem Auftragnehmer.

- 4.6 Der Auftragnehmer übernimmt jeweils gemäß den gesetzlichen Vorgaben ohne gesonderte Vergütung die Entsorgung bzw. das Recycling der Verpackungen und auf Wunsch der Auftraggeber auch der gelieferten Hardware oder Teilen hiervon nach deren jeweiligem Nutzungsende, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.

§ 5 Ansprechpartner und Grundsätze der Zusammenarbeit

- 5.1 Jede Partei benennt einen festen Ansprechpartner zur Koordination aller Angelegenheiten im Zusammenhang mit dieser Rahmenvereinbarung. Der Ansprechpartner der jeweiligen Partei ist dafür verantwortlich, als primäre Kontaktperson zu agieren und die Kommunikation zwischen den Parteien zu erleichtern. Die benannte Person muss schriftlich innerhalb von 10 Werktagen nach Vertragsunterzeichnung mit den vollständigen Kontaktdaten (einschließlich Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Postanschrift) der anderen Partei mitgeteilt werden.
- 5.2 Sollte der benannte Ansprechpartner von einer der Parteien aus irgendeinem Grund ersetzt werden, muss die betroffene Partei die anderen Parteien unverzüglich, jedoch spätestens innerhalb von 10 Werktagen nach der Änderung, schriftlich über den neuen Ansprechpartner und dessen Kontaktdaten informieren.
- 5.3 Der jeweilige Ansprechpartner ist für die Gewährleistung einer möglichst effektiven Durchführung der nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen und für die Sicherstellung einer klaren und zeitnahen Kommunikation zwischen den Parteien verantwortlich. Der Ansprechpartner jeder Partei stellt insbesondere sicher, dass alle Anforderungen und Rückmeldungen der jeweiligen Partei effizient kommuniziert und bearbeitet werden. Der Ansprechpartner hat die Befugnis, Entscheidungen im Rahmen der ihm zugewiesenen Vollmachten zu treffen, um den Fortgang des Projekts zu erleichtern. Entscheidungen, die den Rahmen ihrer Vollmachten überschreiten, müssen von der jeweiligen Geschäftsleitung freigegeben werden.
- 5.4 Soweit in dieser Rahmenvereinbarung nicht anders geregelt, ist keine der Parteien aufgrund dieser Rahmenvereinbarung berechtigt, rechtsgeschäftliche Erklärungen für die jeweils andere Partei abzugeben oder diese in irgendeiner Weise gegenüber Dritten zu verpflichten oder zu binden. Allerdings gelten im Zweifel rechtsgeschäftliche Erklärungen eines Auftraggebers auch als rechtsgeschäftliche Erklärungen des anderen Auftraggebers.
- 5.5 Die Parteien verpflichten sich einander zu gegenseitigem Respekt, Wohlverhalten und Loyalität. Die Parteien werden sich insbesondere nicht öffentlich negativ äußern über die jeweils andere Partei. Die Parteien sind gehalten, auf schutzwürdige Interessen der jeweiligen anderen Partei Rücksicht zu nehmen. Diese Verpflichtungen gelten auch nach Vertragsbeendigung fort.
- 5.6 Der Auftragnehmer versichert, dass er nicht aus Anlass der Vergabe nachweislich und schuldhaft eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (§ 1 GWB) sind insbesondere Verabredungen mit anderen Bietern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernden Preise,

Bindungen oder sonstige Entgelte, Gewinnaufschläge, Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile, Zahlungs-, Lieferungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen, die Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen, Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach Maßgabe des GWB zulässig sind. Dem Auftragnehmer wird das Handeln von Vertretungsberechtigten in Ausübung ihrer Vertretungsmacht zugerechnet.

- 5.7 Die Parteien verpflichten sich, weder im Hinblick auf die Vergabe noch auf die Durchführung dieses Vertrages sowie der mit diesem Vertrag in Zusammenhang stehenden Verträge, weder den Auftraggebern noch Dritten Vorteile irgendwelcher Art direkt oder indirekt anzubieten oder zu gewähren noch für sich oder andere direkt oder indirekt anbieten zu lassen oder entgegenzunehmen, die als widerrechtliches Verhalten betrachtet werden oder betrachtet werden können.
- 5.8 Der Auftragnehmer hat zur Erfüllung seiner Auftragsleistung alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren zu treffen. Dabei sind alle entsprechenden staatlichen Arbeitsschutzvorschriften und die berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften sowie Regeln einzuhalten.

§ 6 Ausführung, Vertragsstrafen

- 6.1 Die Ausführungsfristen/Termine ergeben sich jeweils aus den Bestimmungen der Einzelabrufe. Der Auftragnehmer gerät ohne weitere Mahnung in Verzug, wenn die Leistungen nicht innerhalb der vereinbarten Ausführungsfristen an den von den Auftraggebern benannten Leistungsorten erfolgen.
- 6.2 Sofern für den Auftragnehmer erkennbar wird, dass die vereinbarte Lieferzeit nicht eingehalten werden kann oder andere Umstände die reguläre Versorgung beeinträchtigen, hat der Auftragnehmer die Auftraggeber hierüber unverzüglich unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung zu benachrichtigen. In Abstimmung mit den Auftraggebern hat der Auftragnehmer in diesem Fall unverzüglich sämtliche zur Vermeidung bzw. Abstellung von Lieferverzögerungen und Probleme erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere Mehrschichtbetrieb, Sonderschichten, Überstunden sowie Nacht- und Feiertagsarbeit in seinem Betrieb anzuordnen. Weitergehende Ansprüche der Auftraggeber bleiben unberührt.
- 6.3 In den in § 23 Abs. 1 dieser Rahmenvereinbarung genannten Fällen, verpflichtet sich der Auftragnehmer im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben des TVgG NRW zur Zahlung einer Vertragsstrafe, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch die Auftraggeber ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den weiteren Schadensersatz der Auftraggeber angerechnet.
- 6.4 Die Annahme der verspäteten Leistungen stellt keinen Verzicht auf etwaige weitergehende Schadensersatzansprüche oder die Vertragsstrafe dar.
- 6.5 Alle Rechte der Auftraggeber einschließlich Gewährleistungsansprüchen und/oder Schadensersatzansprüchen aufgrund vertraglicher oder gesetzlicher Regelungen bleiben von nach dieser Rahmenvereinbarung verwirkten Vertragsstrafen unberührt. Nach dieser Rahmenvereinbarung verwirkte Vertragsstrafen werden jedoch auf Schadensersatzansprüche,

die aus demselben Ereignis herrühren, angerechnet. Die §§ 340 Abs. 1, 341 Abs. 3 und 343 BGB finden keine Anwendung. Unabhängig von nach dieser Rahmenvereinbarung vereinbarten Beschränkungen von einzelnen Vertragsstrafen ist die Gesamtsumme aller nach dieser Rahmenvereinbarung verwirkten Vertragsstrafen beschränkt auf 5% der kumulierten Bruttoauftragssumme aller unter dieser Rahmenvereinbarung erfolgten Einzelabrufe.

§ 7 Qualitätssicherung

- 7.1 Die Qualitätssicherung obliegt dem Auftragnehmer. Auf Verlangen der Auftraggeber hat der Auftragnehmer geeignete Nachweise über das Bestehen und die Einhaltung interner Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu erbringen.
- 7.2 Der Auftragnehmer wird einen federführenden Ansprechpartner für Qualität einsetzen, der die Qualitätssicherung des Gesamtprozesses verantwortet und steuert.
- 7.3 Stellen die Auftraggeber Abweichungen von den vertraglich vereinbarten Leistungen fest, muss der Auftragnehmer auf eigene Kosten die Ursachen dieser Abweichungen untersuchen, die Korrekturmaßnahmen festlegen, die Wirksamkeit der Korrekturmaßnahmen überprüfen und Vorbeugemaßnahmen zur Vermeidung des Wiederauftretens einleiten und schriftlich nachweisen. Dies gilt auch für den Fall, dass der Auftragnehmer selbst derartige Abweichungen feststellt. § 22 dieser Rahmenvereinbarung bleibt hiervon unberührt.
- 7.4 Die Besichtigung von Arbeiten und die Einsichtnahme in Unterlagen durch die Auftraggeber entbinden den Auftragnehmer nicht von seinen vertraglichen Verpflichtungen. Die Auftraggeber übernehmen durch ihre Qualitätssicherungsmaßnahmen keinerlei Mitverantwortung bezüglich der Verantwortung des Auftragnehmers zur fachgerechten Leistungserbringung.

§ 8 Liefer- und Leistungsumfang

- 8.1 Der Auftragnehmer hat seine Leistungen so zu erbringen, dass sie sämtliche Anforderungen des Vertrags, insbesondere der Leistungsbeschreibung (**Anlagenkonvolut C.2**), sicher erfüllen.
- 8.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftrag gemäß der Leistungsbeschreibung (**Anlagenkonvolut C.2**) ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich oder gemäß einer entsprechenden Zusicherung unter bestmöglicher Beachtung der entsprechend anzuwendenden Vorgaben der ILO-Kernarbeitsnormen und der Vorgaben des LkSG gewonnen oder hergestellt worden sind. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggebern jederzeit entsprechende Nachweise, Zertifizierungen oder Erklärungen vorzulegen.

§ 9 Miete der Dokumentenverarbeitungsgeräte

- 9.1 Die Auftraggeber gehen nach den durchgeführten Vorermittlungen von dem in der Leistungsbeschreibung benannten Auftragsvolumen während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung aus.
- 9.2 Die Auftraggeber sind Mieter sämtlicher unter dieser Rahmenvereinbarung von dem Auftragnehmer überlassenen Dokumentenverarbeitungsgeräte. Die Auftraggeber entscheiden für jedes Dokumentenverarbeitungsgerät, ob dieses bei den Auftraggebern oder einem sonstigen Leistungsempfänger aufgestellt wird. Die Auftraggeber sind somit zur Besitzüberlassung der Dokumentenverarbeitungsgeräte an die Leistungsempfänger jederzeit berechtigt. Soweit es zu einer solchen Besitzüberlassung kommt, werden die Auftraggeber den

Auftragnehmer hierüber schriftlich oder elektronisch informieren.

- 9.3 Die Mietzeit für die Dokumentenverarbeitungsgeräte beginnt zu dem sich jeweils in dem Rollout-Prozess zwischen den Parteien vereinbarten Zeitpunkt. Das Recht zu einem über die definierte Mindestabnahmemenge hinausgehenden Abruf von Dokumentenverarbeitungsgeräten besteht für die Auftraggeber nur bis zum Ablauf der Mietzeit der bereits aufgrund dieser Rahmenvereinbarung gelieferten Dokumentenverarbeitungsgeräte.
- 9.4 Die Auftragnehmer übergeben dem Auftraggeber an dem sich aus der Leistungsbeschreibung ergebenden Ort (oder - soweit sich der Ort nicht aus der vorgenannten Anlage ergibt - an dem von den Auftraggebern dem Auftragnehmer elektronisch oder schriftlich mitgeteilten Ort) die Dokumentenverarbeitungsgeräte mit Beginn der Mietzeit in einwandfreiem Zustand und demonstriert die Funktionstüchtigkeit der Dokumentenverarbeitungsgeräte. Hierüber fertigen der Auftragnehmer und die Auftraggeber ein schriftliches, von beiden zu unterzeichnendes Protokoll an. Gegenstand des Protokolls sind insbesondere die genaue Bezeichnung der übergebenen Dokumentenverarbeitungsgeräte und die im Rahmen der Demonstration der Funktionstüchtigkeit getesteten Funktionen der Dokumentenverarbeitungsgeräte.
- 9.5 Mit der Übergabe der Dokumentenverarbeitungsgeräte an die Auftraggeber geht die Gefahr auf die Auftraggeber über. Die Auftraggeber verpflichten sich, die Dokumentenverarbeitungsgeräte gemäß der von dem Auftragnehmer in deutscher Sprache übergebenen schriftlichen oder elektronischen Betriebsanleitung zu betreiben und sämtliche schriftlichen Gebrauchsanweisungen des Auftragnehmers, die der Auftragnehmer den Auftraggebern in deutscher Sprache schriftlich oder elektronisch übergeben hat, zu befolgen. Erforderliche Wartungsarbeiten an den Dokumentenverarbeitungsgeräten haben die Auftraggeber durch den Auftragnehmer oder einen von diesem autorisierten Dritten termingerecht ausführen zu lassen. Soweit sich die Dokumentenverarbeitungsgeräte im Besitz eines Leistungsempfängers befinden, werden die Auftraggeber den betroffenen Leistungsempfänger entsprechend der vorstehenden Verpflichtungen verpflichten.
- 9.6 Übergibt der Auftragnehmer die Dokumentenverarbeitungsgeräte nicht zu Beginn der jeweiligen Mietzeit an die Auftraggeber, sind die Auftraggeber nach Setzung einer angemessenen Nachfrist berechtigt, von dem Rahmenvereinbarung zurückzutreten, soweit das konkrete Dokumentenverarbeitungsgerät betroffen ist. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Verzögerung auf höhere Gewalt oder ein sonstiges Ereignis, auf das der Auftragnehmer keinen Einfluss hat, beruht; in diesem Falle verschiebt sich der Beginn der Mietzeit entsprechend.
- 9.7 Der von den Auftraggebern dem Auftragnehmer für die Miete der Dokumentenverarbeitungsgeräte geschuldete Mietzins ergibt sich aus dem bezuschlagten Angebot des Auftragnehmers (**Anlagenkonvolut C.5**).
- 9.8 Die Auftraggeber sind verpflichtet, die Dokumentenverarbeitungsgeräte vor Zugriffen Dritter zu schützen. Soweit sich die Dokumentenverarbeitungsgeräte im Besitz eines Leistungsempfängers befinden, werden die Auftraggeber den betroffenen Leistungsempfänger entsprechend verpflichten. Eine Weitergabe der Dokumentenverarbeitungsgeräte an Dritte benötigt nicht die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftragnehmers.
- 9.9 Soweit ein Dokumentenverarbeitungsgerät während der Mietzeit beschädigt wird oder untergeht, haften für diese Schäden gegenüber dem Auftragnehmer die Auftraggeber. Die Auftraggeber haben den Auftragnehmer unverzüglich schriftlich über solche Schäden oder ein solches Untergehen zu informieren.

- 9.10 Die Mietzeit für die Dokumentenverarbeitungsgeräte endet bei Ende der Rahmenvereinbarung.
- 9.11 Die Auftraggeber haben die Dokumentenverarbeitungsgeräte bei Ende der Mietzeit an den Auftragnehmer komplett und mängelfrei zurückzugeben; die Rückgabe erfolgt durch kostenlose Abholung der Dokumentenverarbeitungsgeräte durch den Auftragnehmer. Etwaige Daten der Auftraggeber und/oder der Leistungsempfänger auf den Dokumentenverarbeitungsgeräten sind von dem Auftragnehmer nach Abholung der Dokumentenverarbeitungsgeräte durch ihn zu löschen. Die Auftraggeber und der Auftragnehmer haben über die Rückgabe ein von beiden zu unterzeichnendes schriftliches Übergabeprotokoll anzufertigen, in das auch etwaige Mängel der Dokumentenverarbeitungsgeräte aufzunehmen sind. Ergeben sich aus dem Übergabeprotokoll Mängel eines Dokumentenverarbeitungsgerätes, ist der Auftragnehmer berechtigt, gegen Erstattung der Kosten durch die Auftraggeber einen mangelfreien Zustand herstellen zu lassen. Ist eine Reparatur des Dokumentenverarbeitungsgerätes nicht möglich oder wirtschaftlich unangemessen (hierfür trägt der Auftragnehmer die Beweislast), sind die Auftraggeber verpflichtet, dem Auftragnehmer ein Viertel des Neuanschaffungspreises des betroffenen Dokumentenverarbeitungsgerätes zur Abgeltung aller Schäden zu zahlen.
- 9.12 Geben die Auftraggeber ein Dokumentenverarbeitungsgerät bei Ende der Mietzeit nicht an den Auftragnehmer zurück, so wird für den über die Mietzeit hinausgehenden Zeitraum je angefangenen Tag eine von den Auftraggebern zu zahlende Vertragsstrafe vom zweifachen Wert des auf einen Tag entfallenden Mietzinses für den betroffenen Dokumentenverarbeitungsgeräte fällig (weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftragnehmers bleiben hiervon unberührt).
- 9.13 Soweit die Auftragnehmer vertraglich verpflichtet sind, die Dokumentenverarbeitungsgeräte nach Ende der Mietzeit zu entsorgen, erhält der Auftragnehmer hierfür keine gesonderte Vergütung.

§ 10 Einbindung der Dokumentenverarbeitungsgeräte in die Systeme der Auftraggeber

- 10.1 Die Lieferung der mittels Einzelauftrags bestellten, in der Leistungsbeschreibung der Auftraggeber (**Anlagenkonvolut C.2**) beschriebenen Gegenstände erfolgt an die von den Auftraggebern beauftragte Lieferadresse(n). Die Lieferadresse ist Erfüllungsort des jeweiligen Einzelauftrags. Alle Dokumentenverarbeitungsgeräte werden als baugleiche und identische Dokumentenverarbeitungsgeräte geliefert. Die Anlieferung der von den Auftraggebern abgerufenen Geräte erfolgt an den von den Auftraggebern bestimmten Ort der Nutzung, inklusive Installation des Systems einschließlich der geforderten Software. Der Auftragnehmer trägt die Transportgefahr bis zur Übergabe der Ware an eine empfangsberechtigte Person des Auftraggebers am Erfüllungsort.
- 10.2 Die Dokumentenverarbeitungsgeräte werden Bestandteil der Systeme (insbesondere der Computernetzwerke) der Auftraggeber. Die Dokumentenverarbeitungsgeräte müssen daher mindestens die in dem Angebot des Auftragnehmers (Anlage C.1) und der Leistungsbeschreibung der Auftraggeber (**Anlagenkonvolut C.2**) enthaltenen Sicherheitsmechanismen aufweisen.
- 10.3 Die Einbindung der Dokumentenverarbeitungsgeräte in die Systeme der Auftraggeber erfolgt durch die Auftraggeber. Der Auftragnehmer gewährleistet jedoch und haftet dafür, dass sich die Dokumentenverarbeitungsgeräte auf Basis der sich aus der Leistungsbeschreibung der Auftraggeber (**Anlagenkonvolut C.2**) ergebenden Informationen in die Systeme (insbesondere

Computernetzwerke) der Auftraggeber oder eines der Leistungsempfänger ohne das Ergreifen weiterer Maßnahme so eingebunden werden können, dass die Dokumentenverarbeitungsgeräte für die Mietzeit die sich aus der Leistungsbeschreibung der Auftraggeber (**Anlagenkonvolut C.2**) ergebenden Leistungen erbringen.

§ 11 Mitarbeiterschulung

- 11.1 Der Auftragnehmer wird die Mitarbeiter der Auftraggeber und der Leistungsempfänger zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme kostenfrei zur Bedienung der Dokumentenverarbeitungsgeräte schulen. Es findet in den Geschäftsräumen der Auftraggeber und eines jeden Leistungsempfängers jeweils ein Schulungstermin (für jeden dieser Schulungstermine nachfolgend „Schulungstermin“) statt. Die Teilnehmerzahl für jeden Schulungstermin legen die Auftraggeber fest. Gegenstand eines jeden Schulungstermins sind insbesondere die Funktionen „Drucken“, „Kopieren“, „Scannen“ und „Faxen“ der einzelnen Dokumentenverarbeitungsgeräte (soweit vorhanden), Einrichtung des Versands an E-Mail-Adressen vom Dokumentenverarbeitungsgeräte aus (soweit Funktion vorhanden), der Austausch von Verbrauchsmaterialien und das Beheben von Papierstau.
- 11.2 Im Rahmen eines jeden Schulungstermins wird der Auftragnehmer sämtliche einzuhaltenden Gebrauchsanweisungen den Teilnehmern der Schulungstermine in deutscher Sprache schriftlich oder elektronisch aushändigen.

§ 12 Full Service-Dienstleistungen

- 12.1 Der Auftragnehmer erbringt die Full Service-Dienstleistungen nach dem jeweils neuesten Stand der Technik mit dem sich aus Angebot des Auftragnehmers (**Anlagenkonvolut C.5**) und Leistungsbeschreibung des Auftraggebers (**Anlagenkonvolut C.2**) ergebenden Service Level. Der Auftragnehmer berücksichtigt dabei allgemeine Verfahrensbeschreibungen und Industriestandards (z.B. ITIL, DIN).
- 12.2 Der Leistungserbringungsort für jede Full Service-Dienstleistung ergibt sich aus dem Standort des Dokumentenverarbeitungsgerätes, auf den sich die zu erbringende Full Service-Dienstleistung bezieht.
- 12.3 Für die Full Service-Dienstleistungen schulden die Auftraggeber dem Auftragnehmer keine gesonderte Vergütung. Die Erbringung der Full Service-Dienstleistungen ist mit dem von den Auftraggebern geschuldeten Mietzins abgegolten.
- 12.4 Der Auftragnehmer wird zur Erbringung der Full Service-Dienstleistungen nur qualifiziertes und zuverlässiges Personal einsetzen. Der Auftragnehmer wird nur bewährte Verfahren, Tools und Werkzeug verwenden, deren Eignung er kennt, deren Ausführung er beherrscht und die dem jeweils neuesten Stand der Technik entsprechen.
- 12.5 Der Auftragnehmer darf seine Pflichten im Zusammenhang mit dem Full Service-Dienstleistungen nur in Übereinstimmung mit § 12 auf Nachunternehmer übertragen.
- 12.6 Soweit während der Mietzeit Mängel an einem Dokumentenverarbeitungsgerät auftreten, haben die Auftraggeber dies dem Auftragnehmer unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, zu den üblichen Geschäftszeiten der Auftraggeber oder des Leistungsempfängers, in dessen Geschäftsräumen sich der betroffene Dokumentenverarbeitungsgeräte befindet, Zugang zu den Dokumentenverarbeitungsgeräten

zur Beseitigung des Mangels zu erhalten. Die Auftraggeber werden dem Auftragnehmer einen qualifizierten Mitarbeiter benennen, der als Ansprechpartner für die Auftragnehmer während der üblichen Geschäftszeiten bereit steht und befugt ist, die zur Erbringung der Full Service-Leistungen erforderlichen Entscheidungen für die Auftraggeber zu treffen. Gelingt dem Auftragnehmer die Beseitigung von Mängeln die nicht von den Auftraggebern zu vertreten sind, nicht binnen 48 Stunden nach Mängelanzeige, können die Auftraggeber pro Ausfalltag, der sich an die 48 Stunden-Frist anschließt, den Mietpreis pro Monat (s. Preisblatt) für den betroffenen Dokumentenverarbeitungsgeräte um 20% kürzen und nach Ablauf von 30 Ausfalltagen den Mietvertrag über den betroffenen Dokumentenverarbeitungsgeräte fristlos kündigen und den ihnen entstandenen Schaden von dem Auftragnehmer ersetzt verlangen. Die Auftraggeber haben jedoch keine Gewährleistungsansprüche gegen den Auftragnehmer, soweit die Mängel der Dokumentenverarbeitungsgeräte von an das System angeschlossener Hardware Dritter oder von mit dem System verbundener Software Dritter herrühren; die Beweislast für dieses anderweitige Herrühren des Mangels trägt der Auftragnehmer.

- 12.7 Soweit der Auftragnehmer die Mängel durch Austausch des mangelhaften Dokumentenverarbeitungsgerätes beseitigt, hat der Auftragnehmer den Auftraggebern ein Neugerät zu übergeben. Für solche Neugeräte gelten die Regelungen dieser Rahmenvereinbarung entsprechend.
- 12.8 Bei gleichzeitigem Vorliegen mehrerer Mängel sind die Auftraggeber berechtigt, dem Auftragnehmer Prioritäten für die Beseitigung der Mängel vorzugeben. Die Verpflichtung des Auftragnehmers, die vertraglich vereinbarten Reaktions- und Beseitigungsfristen einzuhalten, bleibt hiervon unberührt.
- 12.9 Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Full Service-Dienstleistungen im Wege der Fernwartung oder Ferndiagnose zu erbringen, sofern dies für die Auftraggeber keinen Nachteil darstellt (also insbesondere den zeitlichen Rahmen einer Erbringung der entsprechenden Full Service-Dienstleistung vor Ort nicht überschreitet, keine Risiken für die IT-Sicherheit der Auftraggeber bestehen und die technischen Voraussetzungen bei den Auftraggebern oder dem Leistungsempfänger, bei dem sich der betroffene Dokumentenverarbeitungsgeräte befindet, gegeben sind).

§ 13 Vergütung

- 13.1 Für die vertragsgegenständlichen Leistungspflichten gelten die im jeweiligen Einzelabruf aufgeführten Preise, basierend auf den Nettopreisen, die der Auftragnehmer in seinem Angebot zu den im Anhang zur Leistungsbeschreibung aufgeführten Positionen benannt hat, zzgl. der zum jeweiligen Leistungserbringungszeitraum geltenden Umsatzsteuer.
- 13.2 Bei der Ermittlung der Preise sind die Bestimmungen der Verordnung PR 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21.11.1953 in der jeweils gültigen Fassung mit den Leitsätzen für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten (LSP) anzuwenden.

§ 14 Abrechnung und Zahlung

- 14.1 Die Abrechnung für die mietweise Überlassung der Dokumentenverarbeitungsgeräte wird der Auftragnehmer gegenüber den Auftraggebern monatlich nachlaufend vornehmen.
- 14.2 Das Zahlungsziel beträgt gem. § 17 VOL/B 30 Tage. Die Zahlungsfrist beginnt erst dann zu laufen, wenn die vertraglich geschuldeten Leistungen von dem Auftragnehmer erfüllt wurden

und der Auftragnehmer den Auftraggebern eine ordnungsgemäße und prüfbare Rechnung übergeben hat. Ordnungsgemäß und prüfbar ist die Rechnung, wenn sie kumulativ folgende Voraussetzungen erfüllt: Die Rechnung (i) entspricht den umsatzsteuerrechtlichen Vorgaben; (ii) enthält den Leistungszeitraum und die Leistungsart sowie (iii) für jeden Dokumentenverarbeitungsgeräte, für den mit der Rechnung der Mietzins erhoben wird, den Standort.

§ 15 Vertragslaufzeit und vorzeitige Vertragsbeendigung

- 15.1 Diese Rahmenvereinbarung hat eine Laufzeit von 48 Monaten. Eine Vertragsverlängerung ist nicht vorgesehen.
- 15.2 Die Auftraggeber sind berechtigt, jede Einzelbestellung einschließlich der zugehörigen Serviceleistungen erstmals zum Ablauf von 24 Monaten ab dem in der jeweiligen Einzelbestellung bestimmten Leistungsbeginn ordentlich zu kündigen. Die Kündigung ist mit einer Frist von drei (3) Monaten zum Monatsende in Textform zulässig. Die Kündigung einer Einzelbestellung beendet ausschließlich die hiervon erfasste Einzelbestellung einschließlich der zugehörigen Serviceleistungen.
- 15.3 Die Parteien sind zur fristlosen Kündigung dieser Rahmenvereinbarung oder zum Rücktritt von einzelnen auf Grundlage dieser Rahmenvereinbarung getätigter Einzelabrufe aus wichtigem Grund berechtigt, wenn und soweit ihnen den Umständen nach eine Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann.
- 15.4 Ein wichtiger Grund liegt für die Auftraggeber insbesondere dann vor, wenn der Auftragnehmer die wesentlichen Leistungsanforderungen im Laufe des Vertragszeitraumes nicht mehr erfüllt, was insbesondere in folgenden, nicht abschließend benannten Fällen anzunehmen ist:
- a) der Auftragnehmer beginnt die übernommene Leistung nicht zu dem vereinbarten Zeitpunkt oder unterlässt eine Ausführung in einer dem Vertrag entsprechenden Zeit, Art und Weise oder bricht eine vertragskonform begonnene Ausführung ab. Hierzu zählt insbesondere eine wiederholte Überschreitung der vertraglichen Leistungsfristen oder ein nicht nur unwesentlicher Verstoß gegen sonstige vertragliche Vereinbarungen, wobei trotz Abmahnung innerhalb der eingeräumten Frist keine Abhilfe erfolgt;
 - b) Nichteinhaltung der Modellwechselbedingungen. Hierzu zählen insbesondere:
 - fehlende oder verspätete Ankündigung von Modellwechseln,
 - fehlende oder verspätete Bereitstellung von Testgeräten bei einem Modellwechsel in mehr als drei Fällen im Vertragszeitraum,
 - fehlende oder unzureichende Unterlagen oder Modellkonfigurationen beim Vorliegen der Voraussetzungen für einen Modellwechsel trotz zweifacher Aufforderung der Auftraggeber an den Auftragnehmer zur Vorlage von den Anforderungen der Leistungsbeschreibung entsprechenden Unterlagen.
 - c) der Auftragnehmer kann ein vereinbartes Produkt nicht mehr liefern und die Zustimmung zur Lieferung eines Ersatzproduktes wird nicht erteilt. In diesem Fall können die Auftraggeber bezüglich des betroffenen Produktes eine Teilkündigung erklären.
 - d) der Auftragnehmer hat aus Anlass der Vergabe der Rahmenvereinbarung eine Abrede getroffen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt;

- e) der Auftragnehmer hat den Auftraggebern oder deren Mitarbeitern oder von diesen beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieser Rahmenvereinbarung betraut sind, oder ihm nahestehende Personen Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht gestellt, angeboten, versprochen oder gewährt;
 - f) der Auftragnehmer begeht gegenüber den Auftraggebern und/oder Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen oder leistet Beihilfe dazu, die unter § 298 StGB (wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibung), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen;
 - f) auf Seiten des Auftragnehmers tritt eine wesentliche Vermögensgefährdung oder Vermögensverschlechterung ein und deshalb ist zu erwarten, dass der Auftragnehmer seine Verpflichtungen unter dieser Rahmenvereinbarung nicht mehr oder nur noch unzureichend erfüllen kann;
 - g) schwerwiegende Vertragsverstöße des Auftragnehmers, aufgrund derer den Auftraggebern eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zumutbar ist;
 - h) der Auftragnehmer stellt seinen Geschäftsbetrieb ein;
 - i) der Auftragnehmer verletzt eine Pflicht aus § 21 Abs. 1 dieser Rahmenvereinbarung;
 - j) der Auftragnehmer stellt nicht sicher, dass die Nachunternehmer eine Pflicht aus Ziffer 1. Einhalten; oder
 - k) der Auftragnehmer kommt seinen Pflichten aus § 21 Abs. 3 dieser Rahmenvereinbarung nicht nach.
- 15.5 Der Auftragnehmer ist den Auftraggebern zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der den Auftraggebern durch eine außerordentliche fristlose Kündigung entsteht. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer die Gründe für die außerordentliche fristlose Kündigung nicht zu vertreten hat.

15.6 § 133 GWB bleibt unberührt.

§ 16 Beauftragung von Nachunternehmern

- 16.1 Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Erfüllung der vertraglichen Leistungen Dritter zu bedienen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggebern vor der Beauftragung den beabsichtigten Einsatz und den Namen des Nachunternehmers mitzuteilen und die Zustimmung der Auftraggeber, die seitens der Auftraggeber nicht ohne nachvollziehbaren Grund verweigert werden kann, in Schriftform einzuholen, sofern dies nicht bereits mit der Angebotsabgabe erfolgt ist. Der Nachunternehmer muss im Hinblick auf die beauftragte Leistung fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sein.
- 16.2 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass der Nachunternehmer die den Auftragnehmer treffenden Pflichten einhält. Auf Verlangen der Auftraggeber wird der Auftragnehmer dies den

Auftraggebern gegenüber nachweisen.

- 16.3 Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass gegenüber den Auftraggebern benannte und von dieser durch Zustimmung gemäß § 16 Abs. 1 akzeptierte Nachunternehmer nicht ohne Zustimmung der Auftraggeber durch andere Unternehmer ersetzt werden. Für den Fall, dass der Auftragnehmer den Austausch eines zuvor gegenüber den Auftraggebern benannten Nachunternehmers wünscht, hat er hierfür sowohl einen wichtigen Grund zu benennen als auch nachzuweisen, dass durch den Austausch die Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen nicht beeinträchtigt wird. Der Nachweis für die fortgesetzte, ordnungsgemäße Leistungserbringung durch den neuen Nachunternehmer gilt als erbracht, wenn dieser die in der ursprünglichen Ausschreibung dieser Leistungen in den Vergabeunterlagen bekannt gemachten Eignungskriterien in vergleichbarer Weise wie der ausgetauschte Nachunternehmer erfüllt.
- 16.4 Die Auftraggeber sind berechtigt, die unverzügliche Ablösung eines Nachunternehmers des Auftragnehmers zu verlangen, wenn dieser sich nach Einschätzung der Auftraggeber als nicht hinreichend fachkundig, leistungsfähig oder erfahren erweist oder sonst ein wichtiger Grund vorliegt. Dem Auftragnehmer stehen in diesem Fall keine Ansprüche auf Schadensersatz, Verdienstausfall oder sonstige Zahlungen gegen die Auftraggeber zu.

§ 17 Anpassungen des Liefer- und Leistungsumfangs

- 17.1 Im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen sind die Auftraggeber berechtigt, den Einsatz innovativerer und/oder energieeffizienterer Dokumentenverarbeitungsgeräte als in dieser Rahmenvereinbarung vereinbarten Dokumentenverarbeitungsgeräte zu verlangen. Die Auftraggeber werden dies mittels eines schriftlichen Anpassungsverlages gegenüber dem Auftragnehmer geltend machen.
- 17.2 Der Auftragnehmer hat ein Anpassungsverlangen unverzüglich nach Zugang zu prüfen und den Auftraggebern spätestens nach 30 (dreißig) Tagen kostenfrei ein angemessenes Angebot zur Realisierung des Anpassungsverlangens zu unterbreiten („Angebot“), das auch etwaige Auswirkungen auf die vertraglich geschuldete Vergütung (Verringerung oder Erhöhung), einen Terminplan sowie die notwendigen Anpassungen der Leistungsbeschreibung aufführt und einzeln ausweist. Der Auftragnehmer hat in dem Angebot den mit der Umsetzung des Anpassungsverlangens verbundenen Minder- oder Mehraufwand unter Berücksichtigung seiner ursprünglichen Kostenkalkulation zu begründen und nachzuweisen.
- 17.3 Der Auftragnehmer teilt den Auftraggebern mit Übersendung des Angebots schriftlich mit, innerhalb welcher Frist eine Entscheidung über das Angebot erforderlich ist, ohne dass der in dem Angebot enthaltene Terminplan und/oder die in dem Angebot enthaltene Kostenkalkulation sich verändern. Diese Frist darf in der Regel 15 (fünfzehn) Arbeitstage nicht unterschreiten. Äußern die Auftraggeber keine Entscheidung innerhalb der von dem Auftragnehmer schriftlich mitgeteilten Frist, gilt dies als Ablehnung des Angebots. Im Falle der Ablehnung des Angebots wird die unveränderte Leistungsbeschreibung weiter ausgeführt. Eine Annahme des Angebots durch die Auftraggeber hat schriftlich zu erfolgen. Im Falle einer Annahme des Angebots gilt diese Rahmenvereinbarung als entsprechend durch das Angebot und dessen Inhalte modifiziert.
- 17.4 Die Auftraggeber sind berechtigt, auch Dritte mit der Durchführung eines Änderungsverlangens zu beauftragen. Sollten die Auftraggeber einen Dritten mit der Durchführung des Änderungsverlangens beauftragen, ist der Auftragnehmer zur sorgfältigen Kooperation mit

diesem Dritten verpflichtet. Für diese Kooperation erhält der Auftragnehmer keine gesonderte Vergütung.

§ 18 Versicherung

- 18.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung folgende Versicherung bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherungsunternehmen nachzuweisen: Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung mit einer Haftpflichtdeckungshöhe von mindestens EUR 3.000.000,00 für Personen- und Sachschäden je Versicherungsjahr.
- 18.2 Auf Anforderung der Auftraggeber wird der Auftragnehmer den Abschluss dieser Versicherung sowie deren Fortbestehen während der Vertragslaufzeit durch Vorlage einer entsprechenden Versicherungsbestätigung jederzeit nachweisen.

§ 19 Nutzungsrechte

- 19.1 Der Auftragnehmer überträgt den Auftraggebern das uneingeschränkte und unwiderrufliche, übertragbare und unbefristete Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrecht in Bezug auf alle bei seinen Leistungen gemäß dieser Rahmenvereinbarung entstehenden und zur Anwendung gelangenden Urheberrechten auch für den Fall einer vorzeitigen Kündigung des Vertragsverhältnisses.
- 19.2 Der Auftragnehmer garantiert, dass die Nutzung der vertragsgegenständlichen Leistungen nicht durch Rechte Dritter beeinträchtigt wird und insbesondere die von ihm erbrachten Leistungen frei von Schutzrechten Dritter sind, die eine vertragsgemäße Nutzung der Leistungen ausschließen oder einschränken könnten. Sollten Dritte in Bezug auf die vertragsgegenständlichen Leistungen Rechte geltend machen, hat der Auftragnehmer die Auftraggeber hiervon unverzüglich schriftlich zu unterrichten.
- 19.3 Wird die vertragsgemäße Nutzung durch geltend gemachte Schutzrechtsverletzungen beeinträchtigt oder untersagt oder besteht der begründete Verdacht dafür, dass dies geschehen wird, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach seiner Wahl (i) auf eigene Kosten die betroffene vertragsgegenständliche Leistung in einer Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass ihre vertragsgemäße Nutzung keine Schutzrechte Dritter verletzt, die Leistung aber gleichwohl den Anforderungen dieses Vertrags entspricht, oder (ii) für die Auftraggeber auf eigene Kosten das Recht zu erwerben, die vertragsgegenständlichen Leistungen uneingeschränkt vertragsgemäß zu nutzen. Ist der Auftragnehmer hierzu nicht in der Lage, sind die Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Weitergehende Rechte der Auftraggeber, insbesondere Rechte auf Schadensersatz bleiben hiervon unberührt.
- 19.4 Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeber auf erstes Anfordern von sämtlichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Rechten, insbesondere gewerblichen Schutzrechten oder Urheberrechten, bei vertragsgemäßer Nutzung der vertragsgegenständlichen Leistungen frei. Dies umfasst insbesondere (i) sämtliche Kosten eines Rechtsstreits und der Rechtsverteidigung, (ii) alle Auslagen, Kosten und Entschädigungen, die Dritten aufgrund eines Gerichtsbeschlusses, eines Schiedsspruchs oder eines ausgehandelten Vergleichs zu zahlen sind, (iii) alle sonstigen Kosten und Aufwendungen, die insbesondere im Zusammenhang mit gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleichen oder gerichtlichen Verurteilungen entstehen, sowie (iv) alle Schäden oder Verluste der Auftraggeber, die aufgrund von Forderungen eines Dritten im Zusammenhang mit der angeblichen Verletzung seiner Rechte entstehen.

§ 20 Datenschutz

20.1 Einstandspflicht des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass er selbst, seine Mitarbeiter und etwaige Unterauftragnehmer im Rahmen der Durchführung des Projekts alle anwendbaren Datenschutzgesetze beachten.

20.2 Verantwortliche Stelle

Sofern der Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistungen nach diesem Vertrag Zugriff auf personenbezogene Daten hat, für die die Auftraggeber verantwortliche Stelle im Sinne anwendbaren Datenschutzgesetze sind, unterliegt dieser Zugriff den Anforderungen des im Bedarfsfall zu erstellenden Auftragsdatenverarbeitungsvertrages, welcher in diesem Fall als nachträgliche Anlage Bestandteil dieses Vertrages wird.

20.3 Technische und organisatorische Maßnahmen

Der Auftragnehmer wird angemessene technische und organisatorische Maßnahmen zur Sicherung der Vollständigkeit und Integrität aller Daten der Auftraggeber oder ihrer verbundenen Unternehmen ergreifen, mit denen der Auftragnehmer im Rahmen der Durchführung des Projekts in Berührung kommt. Dies gilt insbesondere (i) für Daten, die (etwa Beispieldaten) in das IT-System des Auftragnehmers gelangen, und umfasst unter anderem die Einrichtung und Erhaltung des aktuellen technischen Stands entsprechender Firewalls und Virenschutzprogramme, und (ii) für alle Daten, die im Rahmen des Projekts migriert werden.

20.4 Die Auftraggeber sind datenschutzrechtlich für die im Rahmen der Dienstleistungsabwicklung gemäß der Leistungsbeschreibung (Anlagenkonvolut C.2**) erforderliche Verarbeitung von personenbezogenen Daten verantwortlich. Der Auftragnehmer handelt insoweit als Auftragsverarbeiter. Die Parteien schließen diesbezüglich einen Auftragsverarbeitungsvertrag (Anlage C.3).**

20.5 Es sind die gesetzlichen Vorschriften zum Datenschutz einzuhalten.

§ 21 Geheimhaltung

21.1 Die Parteien werden über Abschluss, Inhalt und Durchführung dieser Rahmenvereinbarung Stillschweigen bewahren und Dritten keine Informationen darüber zugänglich machen, soweit die jeweils andere Partei nicht vorher schriftlich zugestimmt hat.

21.2 Die Parteien werden Informationen, Unterlagen, Daten, etc., die sie von der jeweils anderen Partei erhalten haben oder im Rahmen der Vertragsdurchführung erhalten werden, nur zu den Zwecken verwenden, zu denen sie sie erhalten haben, und sie Dritten nicht zugänglich machen. Die Geheimhaltungsverpflichtung betrifft insbesondere

- a) die strategischen Pläne einer Partei,
- b) durchgeführte und geplante Transaktionen einer Partei, soweit diese nicht der Öffentlichkeit ohne Verstoß gegen diese Geheimhaltungsverpflichtung bekannt geworden sind,

- c) alle unveröffentlichten Informationen einer Partei über Preiskalkulationen und -gestaltungen,
- d) unveröffentlichte Informationen zu Kunden- und Lieferantenbeziehungen, und sonstige Vertragsbeziehungen einer Partei sowie
- e) Marketingstrategien und Pläne oder Analysen über Marktpotentiale und Investitionsmöglichkeiten, sowie
- f) unveröffentlichte Informationen der einer Partei über Umsatz, Gewinn, Leistungsfähigkeit, Finanzierung, Geldbeschaffungspläne der -aktivitäten, sowie Personal und Personalplanung der einer Partei.

Die vorstehenden Verpflichtungen gelten nicht für Informationen, die allgemein bekannt sind, die von der diese Informationen empfangenen Partei nachweislich unabhängig erarbeitet sind, die von Dritten rechtmäßig erlangt wurden oder zu deren Weitergabe die jeweilige Partei gemäß den Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung berechtigt ist oder die aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder auf Anordnung eines Gerichts oder einer Behörde offengelegt werden müssen. Soweit zulässig und möglich, wird die zur Offenlegung verpflichtete Partei die andere Partei vorab unterrichten und ihr Gelegenheit geben, gegen die Offenlegung vorzugehen.

21.3 Nachunternehmer des Auftragnehmers und von den Parteien hinzugezogene Berater sowie Dritte, deren sich die Parteien zur Erfüllung ihrer vertraglichen Aufgaben bedienen, sowie mit den Auftraggeber verbundene Unternehmen (§§ 15 ff AktG), gelten im Sinne dieses § 20 nicht als Dritte, sind jedoch gleichwohl in die Verpflichtung aus diesem § 20 einzubeziehen.

21.4 Die vorstehenden Verpflichtungen bleiben auch nach Beendigung des Vertrages in Kraft.

§ 22 Haftung

22.1 Der Auftragnehmer garantiert, dass er zur Erfüllung der ihm nach dieser Rahmenvereinbarung und der dort in Bezug genommenen Anlagen obliegenden Leistungen in der Lage ist (§ 276 Abs. 1 BGB).

22.2 Erfüllt der Auftragnehmer seine Verpflichtungen aus der Rahmenvereinbarung und/oder aus den auf dieser Grundlage abgeschlossenen Einzelabrufen nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß und hat er dies zu vertreten, so können die Auftraggeber dem Auftragnehmer unbeschadet ihrer sonstigen gesetzlichen Ansprüche einmalig schriftlich eine Frist zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten setzen. Ebenfalls unberührt bleibt die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen.

Für Leistungen mit werkvertraglichem Charakter gilt Folgendes:

- a) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Werkleistungen frei von Sach- und Rechtsmängeln zu erstellen.
- b) Für die zum Zeitpunkt der Abnahme den Parteien bekannten und nicht behobenen Mängel gelten die Mängelansprüche als vorbehalten.
- c) Die Verjährungsfrist für Sach- und Rechtsmängelansprüche beträgt grundsätzlich 24 Monate jeweils ab Erklärung der Abnahme. Abweichend von Satz 1 und 2 verjähren die Ansprüche in der regelmäßigen Verjährungsfrist, wenn der Auftragnehmer den Mangel arglistig

verschwiegen hat. Die Verjährungsfrist endet in diesem Falle jedoch nicht vor den Fristen gemäß Satz 1 und 2.

- d) Machen die Auftraggeber Mängel geltend, teilen sie dem Auftragnehmer schriftlich, per Fax oder E-Mail mit, wie sich die Mängel bemerkbar machen; dabei müssen dem Auftragnehmer ggf. erforderliche Unterlagen von Seiten der Auftraggeber auf Anforderung zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus haben die Auftraggeber dem Auftragnehmer bei der Mängelbeseitigung im Rahmen ihrer vertraglichen Leistungspflichten zu unterstützen. Schriftlich gerügte Mängel hat der Auftragnehmer unverzüglich unentgeltlich zu beseitigen. Bei verspäteter erfolgloser Mängelbeseitigung durch den Auftragnehmer sind die Auftraggeber berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Die Geltendmachung der übrigen gesetzlichen Gestaltungsrechte und/oder Schadensersatzansprüche bleibt von dieser Regelung unberührt.

22.3 Die Haftung des Auftragnehmers gegenüber den Auftraggebern wegen fahrlässiger Verletzung vertraglicher oder gesetzlicher Verpflichtungen ist, gleich aus welchem Rechtsgrund, für alle Verletzungen unter dieser Rahmenvereinbarung zusammen der Höhe nach auf die Netto-Auftragssumme gemäß Preisblatt begrenzt. Im Übrigen haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Haftungsbegrenzung sowie Haftungsausschlüsse gelten nicht im Fall von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, für Schäden an Körper, Leben und Gesundheit oder bei Fehlen einer garantierten Beschaffenheit sowie bei einer Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz. Vertragsstrafen, die der Auftragnehmer nach Maßgabe dieser Rahmenvereinbarung einschließlich aller ihrer Anlagen verwirkt, unterfallen der Haftungsbeschränkung nicht und werden bei der Berechnung der Haftungssumme nicht berücksichtigt.

22.4 Die Auftraggeber haften unbeschränkt, soweit die Schadensursache auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht. Ferner haften die Auftraggeber für die leicht fahrlässige Verletzung von wesentlichen Pflichten, deren Verletzung die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet, oder für die Verletzung von Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Auftragnehmer regelmäßig vertrauen darf. In diesem Fall haften die Auftraggeber jedoch nur für den vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden. Die Auftraggeber haften nicht für die leicht fahrlässige Verletzung anderer als der in den vorstehenden Sätzen genannten Pflichten. Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten nicht bei Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit. Die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt. Soweit die Haftung der Auftraggeber ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung von Arbeitnehmern, Vertretern und Erfüllungsgehilfen. Die Haftung der Auftraggeber wegen entgangenen Gewinns ist ausgeschlossen.

§ 23 Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen

23.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich - eines nach dem Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages, - eines nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder - einer nach den §§ 7, 7a oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnung unterfällt, seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei

der Ausführung des Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die in dem Tarifvertrag oder der Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden. Der Auftragnehmer ist weiterhin verpflichtet, bei der Ausführung der Leistung seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland wenigstens ein Entgelt in Höhe des allgemeinen Mindestlohns, nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen, es sei denn der Auftragnehmer fällt unter § 224 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 sowie § 226 des Neunten Sozialgesetzbuches. Diese Pflicht gilt auch, sofern das gemäß § 21 Abs. 1 S. 1 dieser Rahmenvereinbarung zu zahlende Entgelt das Mindeststundenentgelt nach dem Mindestlohngesetz unterschreitet.

- 23.2 Im Falle der Zustimmungserteilung für eine Nachunternehmerbeauftragung gemäß § 16 versichert der Auftragnehmer, dass er an die von ihm eingesetzten Nachunternehmer eine angemessene Vergütung zahlt, damit diese ihre Verpflichtung auf Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns erfüllen können.
- 23.3 Ferner hat der Auftragnehmer sicherzustellen und regelmäßig zu prüfen, dass ein von ihm eingesetzter Nachunternehmer die in § 21 Abs. 1 dieser Rahmenvereinbarung genannten Pflichten ebenfalls einhalten. Die Auftraggeber sind berechtigt, die Einhaltung der in § 23 Abs. 1 dieser Rahmenvereinbarung genannten Verpflichtungen während der Auftragsausführung zu überprüfen. Hierzu ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggebern auf deren Verlangen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen sich die Einhaltung der unter § 21 Abs. 1 dieser Rahmenvereinbarung genannten Verpflichtungen zweifelsfrei ergibt. Sofern diese Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, erfolgt die Vorlage in anonymisierter Form sowie unter Beachtung des Datenschutzrechts. Weiterhin ist der Auftragnehmer verpflichtet, seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.
- 23.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei Verlangen der Auftraggeber einen monatlichen Nachweis darüber vorzulegen. Liegen Anhaltspunkte für einen Verstoß vor, so räumt der Auftragnehmer den Auftraggebern das Recht ein, nach Ankündigung Einsicht in die (anonymisierten) Lohn- und Gehaltslisten zu nehmen.
- 23.5 Bei Verstoß gegen diese Pflichten steht den Auftraggebern ein fristloses außerordentliches Kündigungsrecht zu, wenn sie die Kündigung gegenüber dem Auftragnehmer angedroht haben und dieser nicht innerhalb einer angemessenen Frist die Pflichten vollständig und nachweislich erfüllt hat.
- 23.6 Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber den Auftraggebern, für alle aus der Verletzung der Vorgaben des Mindestlohngesetzes resultierenden Schäden einzustehen und die Auftraggeber auf erstes Anfordern von Ansprüchen Dritter umfassend freizustellen.

§ 24 Freistellung

Der Auftragnehmer stellt und hält die Auftraggeber von sämtlichen vertraglichen und sonstigen Ansprüchen Dritter sowie von Schäden frei, die den Auftraggebern daraus entstehen, dass der Auftragnehmer gegen seine Pflichten aus diesem Vertrag, dem mit diesem Vertrag begründeten Vertragsverhältnis mit den Auftraggebern und dessen Durchführung verstoßen hat. Vertragsstrafenansprüche der Auftraggeber bzw. Vertragsstrafenzahlungen des Auftragnehmers werden hierauf angerechnet, sofern sie auf demselben Sachverhalt beruhen. § 254 BGB bleibt hiervon unberührt.

§ 25 Änderungsverlangen (Change Requests)

- 25.1 Bei jeder Leistungsänderung findet das folgende Verfahren Anwendung. Nach Maßgabe dieses Verfahrens vereinbarte Leistungsänderungen werden automatisch Bestandteil dieser Rahmenvereinbarung beziehungsweise auf ihrer Grundlage getätigter Einzelabrufe.
- 25.2 Die Auftraggeber sind jederzeit berechtigt, schriftlich oder in Textform eine Änderung (einschließlich Erweiterung oder Verminderung) der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen zu verlangen („Änderungsverlangen“). Das gilt etwa - aber nicht nur - dann, wenn sich eine für die gegenständlichen Leistungen relevante rechtliche oder technische Norm geändert hat.
- 25.3 Der Auftragnehmer hat ein von den Auftraggebern mitgeteiltes Änderungsverlangen auf eigene Kosten unverzüglich zu prüfen und den Auftraggebern zu dessen Realisierung spätestens nach 30 Kalendertagen kostenfrei in Textform ein angemessenes Angebot zu unterbreiten. Das Angebot muss alle Informationen enthalten, die die Auftraggeber vernünftigerweise benötigen, um eine fundierte Entscheidung über die Änderung treffen zu können. Der Auftragnehmer wird die Auftraggeber auf die technischen und wirtschaftlichen Auswirkungen und Risiken der Umsetzung der Leistungsänderung sowie die technischen und wirtschaftlichen Auswirkungen im Falle ihrer Nichtumsetzung hinweisen. Insbesondere wird der Auftragnehmer den Auftraggebern etwaige Auswirkungen auf die Vergütung (Verringerung oder Erhöhung) sowie die notwendigen Anpassungen der Rahmenvereinbarung einschließlich aller ihrer Anlagen aufführen und einzeln ausweisen. Der Auftragnehmer hat in dem Angebot den mit der Umsetzung des Änderungsverlangens verbundenen Minder- oder Mehraufwand zu begründen und nachzuweisen.
- 25.4 Der Auftragnehmer hat die Implementierung von Leistungsänderungen, soweit möglich, jeweils zu einem Festpreis anzubieten. Dabei wird der Auftragnehmer den Festpreis detailliert aufschlüsseln und unter Angabe der seiner Kalkulation zugrunde liegenden Ansätze darstellen. Auf Verlangen der Auftraggeber wird der Auftragnehmer seine Preisbildung noch weiter erläutern. Soweit mit einem Änderungsverlangen eine rechtliche oder technische Norm umgesetzt werden soll, die nach Abschluss dieser Rahmenvereinbarung in Kraft getreten ist, kann der Auftragnehmer nur dann eine zusätzliche Vergütung für die Umsetzung der Norm verlangen, wenn er bei Abschluss dieser Rahmenvereinbarung nicht hätte wissen müssen, dass die betreffende Norm in Kraft treten wird. Auf Verlangen der Auftraggeber hat der Auftragnehmer dies den Auftraggebern nachzuweisen.
- 25.5 Der Auftragnehmer teilt den Auftraggebern mit, innerhalb welcher Frist eine Entscheidung über das Angebot des Auftragnehmers, ohne Einfluss auf den bis zu diesem Zeitpunkt gültigen Terminplan und die Preise, erforderlich ist. Die Frist darf 15 Arbeitstage nicht unterschreiten. Äußern die Auftraggeber keine Entscheidung innerhalb dieser Frist, gilt dies als Ablehnung des Angebots. Im Falle einer Annahme des Angebots gilt der Vertrag als entsprechend durch das Angebot und dessen Vereinbarung modifiziert. Falls die Auftraggeber das Angebot ablehnen und einen anderen Anbieter mit der Durchführung des Änderungsverlangens beauftragt, ist der Auftragnehmer zur sorgfältigen Kooperation mit diesem anderen Anbieter verpflichtet (Übermittlung aller erforderlichen Informationen, tatsächliche "On-site"- Zusammenarbeit etc.).
- 25.6 Der Auftragnehmer ist berechtigt, Leistungsänderungen anzuregen. Er ist verpflichtet, die Auftraggeber unverzüglich auf etwaige bevorstehende rechtliche oder technische Normen oder Richtlinien, Änderungen bestehender rechtlicher oder technischer Normen oder Richtlinien o.ä., die für die Leistungen, die den Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung bilden, relevant

sein können, unter Darlegung der Bedeutung für die gegenständlichen Leistungen sowie des sich hieraus eventuell ergebenden Änderungsbedarfs hinzuweisen. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch darauf, dass die Auftraggeber eine von ihm angeregte Leistungsänderung veranlassen.

§ 26 Schlussbestimmungen

- 26.1 Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform. Auch eine Vereinbarung über die Abweichung von der Schriftform selbst bedarf der Schriftform.
- 26.2 Alle Vereinbarungen im Rahmen dieses Vertrages und seiner künftigen Veränderungen gelten auch für andere vertragliche Beziehungen zwischen den Parteien im Zusammenhang mit dieser Rahmenvereinbarung (z. B. Zusatzvereinbarungen zu dieser Rahmenvereinbarung, Einzelverträge zum Abruf aus diesem Rahmenvereinbarung), sofern dies nicht ausdrücklich anders schriftlich festgelegt ist. Dies gilt insbesondere für einen Produktwechsel.
- 26.3 Im Falle eines Zusammenschlusses der Auftraggeber, des Rechtsformwechsels eines Auftraggebers oder einer sonstigen gesellschaftsrechtlichen Umwandlung nach Vertragsschluss tritt an die Stelle des/der jeweiligen Auftraggebers dessen/deren Rechtsnachfolger. Dasselbe gilt entsprechend bei bloßer namentlicher Umbenennung eines Auftraggebers. Der betroffene Auftraggeber wird dem Auftragnehmer dies entsprechend mitteilen.
- 26.4 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Bad Lippspringe.
- 26.5 Für diese Vertragsbeziehung zwischen den Auftraggebern und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts, und des deutschen internationalen Privatrechts.
- 26.6 Soweit nicht ausdrücklich anderweitig bestimmt, ist eine Übertragung oder Abtretung des Vertrages oder von Rechten und/oder Pflichten aus diesem Vertrag durch den Auftragnehmer nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeber zulässig.
- 26.7 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden oder sollte dieser Vertrag eine Lücke aufweisen, so berührt dies die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht. Die Parteien sind verpflichtet, anstelle der betreffenden unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke diejenige wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die dem wirtschaftlichen Zweck dieses Vertrages am nächsten kommt.

Ort, Datum

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad
Lippspringe gGmbH

Ort, Datum

Karl-Hansen-Klinik GmbH

Ort, Datum

Auftragnehmer

Anlagenverzeichnis:
